



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/74.

28. März 1950

Wachsende Jugendnot

Bei Ostern 1950 werden im Bundesgebiet mehr als eine halbe Million Jugendliche die Schule verlassen. Sie treten damit in einer Zeit grösster Arbeitslosigkeit in das Leben. Für einen grossen Teil dieser Jugendlichen ist es nicht möglich, eine Arbeitsstelle zu finden. Besonders die Mädchen sind schwer unterzubringen. Bis zum Jahr 1954 wird die Zahl der Schulentlassungen auf fast 800.000 ansteigen, um erst nach 1955 (685.000) plötzlich auf 150.000 (im Jahre 1956) abzusinken. In vielen Familien wird sich das Elend vergrössern und die Hoffnung, wenigstens die Sorge um die schulentlassenen Kinder los zu sein und einen Zuschuss in die Familienkasse zu bekommen, zerstört sein. Familiennot gibt Familienstreit und erzeugt seelische Not für Jungen und Mädchen. Arbeitslosigkeit birgt ausserdem für die Jugend sittliche Gefahren. Man kann erwarten, dass die Jugendkriminalität ansteigen wird. Soziale Not ist auch für die Jugend keine Empfehlung der Demokratie und so sucht sie nach Auswegen.

Die niedersächsische Landesregierung legte kürzlich dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes vor, der die vorübergehende Einführung eines 9. Schuljahres vorsieht. Durch dieses Gesetz wird der Kultusminister ermächtigt, die Volksschulpflicht der 1950 zur Entlassung kommenden Schüler um ein Jahr zu verlängern. Das Gesetz soll nicht auf Schüler angewendet werden, die einen Lehr- oder Arbeitsvertrag nachweisen können. Auch nach Eintritt in das 9. Schuljahr kann jeder Schüler die Schule verlassen, wenn es ihm noch gelingen sollte, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Das Gesetz ist aus einer Notlage geboren und soll einer späteren dauernden Einführung eines zusätzlichen Schuljahres nicht vorgreifen. Dieses Schuljahr sollte in erster Linie dazu dienen, die Jugendlichen auf ihren späteren Beruf vorzubereiten. Aber das ist keine Lösung des Problems, falls eine Verschiebung auf das nächste Jahr.

Auch die Spitzenorganisationen der Industrie haben bereits aufgerufen, möglichst vielen jungen Menschen eine Lehrstelle und einen Arbeitsplatz zu geben und sie verweisen mit Nachdruck auf den bald spürbar werdenden Mangel an Facharbeitern in der deutschen Industrie. Verschiedene Landesregierungen beschäftigen sich ernsthaft mit der Frage von Steuernachlässen und Ausbildungsbeihilfen für Betriebe, die mehr als die übliche Anzahl von Lehrlingen bei sich aufnehmen und dafür dringend eines Zuschusses bedürfen.

Tatsächlich gibt es aber nur wenige Berufszweige, die Zuschüsse der Arbeitgeber erfordern, denn die Einstellung eines Lehrlings stellt grundsätzlich keinen Unkostenfaktor dar. Handwerksmeister gaben teilweise die Auskunft, dass sie gern bereit wären, Lehrlinge einzustellen, dass sie aber dann in zwei oder drei Jahren gezwungen seien, Gesellen zu entlassen. Das wäre abzuwarten.

Unter den Facharbeitern ist eine gewisse Überalterung nicht zu leugnen. In wenigen Jahren könnte sich dieser Zustand zu einem empfindlichen Facharbeitermangel entwickeln. Da das Problem drängt, sollte man alle Möglichkeiten prüfen, die eine schnelle Entlastung bringen. Vielleicht könnte man bei der Vergebung von Krediten den Betriebsinhabern die Pflicht auferlegen, Lehrlinge einzustellen. Der Aufbau von Lehrlingsheimen und -Werkstätten ist beschleunigt durchzuführen und sollte auch vom Staat gefördert werden. Schon jetzt müssen die Verantwortlichen Vorbereitungen treffen, um im nächsten Jahre alle Schulabgänger in ordentlichen Lehr- und Arbeitsstellen unterzubringen, denn das wertvollste Gut des Staates, die Jugend, darf nicht sich selbst überlassen bleiben.

- 0 - 0 -

Das Notwendige zum Saarproblem.

sp. In diesen Tagen erschien eine Broschüre "Die Sozialdemokratie und das Saarproblem" im Verlag "Neuer Vorwärts"-Hannover (Preis 0,50 Pfennige). Sie enthält die Rede Dr. Schumachers in der Saar-Sondersitzung des Bundestages am 10. März, die weit über die Grenzen der sozialdemokratischen Parteianhängerschaft hinaus als staatsmännische Rede von grossem Format bewertet worden ist, sie enthält ferner das Saar-Memorandum der SPD und eine Reihe weiterer sozialdemokratischer Erklärungen zur Saarfrage.

- 0 - 0 -

Acheson in der Verteidigung

.....

fl. Es liegt jetzt der volle Wortlaut der Verteidigungsrede des amerikanischen Sonderbotschafters Philip Jessup, zweier Briefe seines Anklägers McCarthy an den Untersuchungsausschuß des Senats und der Erklärung des Präsidenten Truman über Aussenminister Acheson vor. Die Texte nehmen mehr als zehn Spalten des grossen Formats der "New York Times" ein. Ihre Lektüre ermöglicht einen zuverlässigen Einblick in eines der dramatischsten, aber auch folgenschwersten Kapitel amerikanischer Politik, die in rasch wachsendem Maße verdunkelt wird von dem Sturm gegen Acheson und das Aussenministerium.

Seit dem Urteil gegen Alger Hiss, der des Verrats von Staatsgeheimnissen an die Sowjetunion bezichtigt wurde und dem Acheson trotzdem die Stange hielt, hat sich der Kampf der Opposition gegen den Aussenminister unerhört verschärft. Die Kampagne hat allmählich Formen angenommen, die in jedem Lande, in dem der Aussenminister vom Vertrauen des Kabinetts und des Parlaments abhängig ist, mit Sicherheit zum Rücktritt führen würde. Aber es gibt in den USA kein Kabinett verantwortlicher Minister; und der Aussenminister, der allein vom Vertrauen des Präsidenten abhängt, hat darüber nicht einmal das Recht, im Kongress seine Gegner zu stellen und für seine Sache zu fechten.

Unter den vielen Gegnern Achesons ist Senator McCarthy der erbitterteste und rücksichtsloseste. Seine Anklage gegen Philip Jessup, die kaum verhüllt einen der wichtigsten Männer des Washingtoner Außenamtes verdächtigte, dem Kommunismus Verschub geleistet zu haben, war der bisher gefährlichste Vorstoß; weit gefährlicher als die sich häufenden Forderungen nach dem Rücktritt Achesons. Wäre es McCarthy gelungen, auch nur den Schatten eines überzeugenden Beweises gegen Jessup vorzubringen, dann wäre auch Acheson nicht

mehr zu retten gewesen.

Es war zu erwarten, dass Jessup nicht bei der Selbstverteidigung stehen bleiben würde. Er hat die verheerenden Wirkungen des Vorgehens McCarthys gegen ihn und eine ganze Reihe anderer, zum Teil hoher Beamter des diplomatischen Dienstes in einer glänzenden Rede vor dem Untersuchungsausschuss geschickt zu einem Gegenangriff auf den streitbaren Senator benutzt: "Es ist klar, daß diese Verdächtigungen, wenn sie unbeantwortet blieben, die Vereinigten Staaten in ihrem Konflikt mit dem Weltkommunismus weiter schwächen würden."

Der mächtigste Antrieb des Kampfes gegen die angebliche Verwünschung des Außenministeriums mit Kommunistenfreunden und Agenten ist der Wille der Republikaner, den Boden für ihr politisches comeback bei den Herbstwahlen zu bereiten. Das wäre für Achesons Stellung unerheblich, wenn er die Unterstützung der Regierungspartei hätte. Davon kann, wie das Verhalten der Demokraten während des ganzen Feldzuges gegen ihn bewiesen hat, keine Rede sein. Die Opposition attackiert das Außenministerium an seiner schwächsten Stelle - der Asienpolitik der vergangenen Jahre und macht es verantwortlich für den Zusammenbruch in China. Es spielt für sie aus parteitaktischen Gründen dabei keine Rolle, daß Acheson erst Außenminister wurde, als das Verhängnis im Reich der Mitte von niemandem mehr aufgehalten werden konnte.

Weder McCarthy noch seine Mitstreiter werden sich geschlagen geben, weil ihr Angriff auf Jessup, das willkommenste Opfer nächst Acheson, fehlgeschlagen ist. Sie werden die Jagd nach roten Agenten und Mitläufern mit grimmiger Entschlossenheit fortsetzen, so oft sie sich auch in der Vergangenheit als eine Jagd auf Phantome erwiesen hat. Jessup hat Marshall und Eisenhower als Kronzeugen seiner Loyalität gefunden, und Truman hat sich hinter Acheson gestellt. Dennoch hat McCarthy heute schon erreicht, daß in den Hauptstädten des Westens sich eine deutliche Unruhe bemerkbar macht, da man dort in Rechnung stellen zu müssen glaubt, daß die Tage Achesons gezählt sind.

Was ist COMISCO?

Julius Braunthal, der geschäftsführende Sekretär von COMISCO, stattete dem Parteivorstand in Hannover einen Besuch ab und erläuterte in einer kurzen Ansprache die Organisation und die Aufgaben der Internationalen Sozialistischen Konferenz.

Die Sozialistische Internationale ist im allgemeinen unter dem Namen COMISCO bekannt. Dieser Name ist nicht ganz korrekt.

COMISCO ist die Abkürzung von "Comité internationale Socialiste Consultatif". COMISCO ist sonach nur der Exekutiv-Vorstand der

eigentlichen Internationale, die, zum Unterschied der sozialistischen Arbeiter-Internationale vor dem zweiten Weltkrieg, den

englisch-amerikanischen Namen für eine Konföderation von Arbeiterparteien gewählt hat, nämlich: "Konferenz". Der souveräne Körper

der Internationale ist die Internationale Sozialistische Konferenz, die einmal jährlich tagt. Für die Betreuung der laufenden Aufga-

ben ist ein Komitee eingesetzt - das Committee der Sozialistischen Konferenz (COMISCO) - in der alle Mitgliedsparteien vertreten

sind und das dreimal im Jahr zusammentritt. Dieses Komitee hat einen geschäftsführenden Ausschuss gewählt - Unterausschuss der

COMISCO - der zwischen den Sitzungen die laufenden Geschäfte der Internationale erledigt. Dem Unterausschuss steht in London ein

Büro unter der Leitung des geschäftsführenden Sekretärs der Internationalen Sozialistischen Konferenz zur Seite.

Für zwei besondere Aufgaben sind weitere Ausschüsse eingesetzt. Der eine beschäftigt sich mit dem Flüchtlingsproblem und

ist aus Vertretern von Ländern zusammengesetzt, die unmittelbar mit dem Flüchtlingsproblem zu ringen haben. Der andere Ausschuss,

bestehend aus Wirtschafts-Sachverständigen, beschäftigt sich mit den gemeinsamen Problemen einer internationalen sozialistischen

Wirtschaftspolitik.

Die Sozialistische Internationale ist gleichsam ein sozialistischer Völkerbund, ein Forum, auf dem die Vertreter der Ar-

beiterklasse von 22 Ländern ihre Probleme diskutieren und sich, wo immer es möglich ist, auf gemeinsame Richtlinien einigen.

Aber ebenso wenig wie die Vollversammlungen der Vereinten Nationen Beschlüsse zur Geltung bringen können, die lebenswichtigen Interes-

sen einzelner Mitgliederstaaten zuwiderlaufen, ebenso wenig könnte die Internationale Sozialistische Konferenz den Mitgliedspar-

teilen eine Verpflichtung auferlegen, die im Widerspruch zu den Lebensinteressen des Landes stehen, die von der Partei repräsentiert wird.

Trotz der Beschränkung ihrer Machtvollkommenheit erfüllt die Internationale Sozialistische Konferenz eine ungeheuer wichtige und unerlässliche Aufgabe. Indem sie die grossen Probleme, die unsere Zeit bewegen, offen diskutiert, fördert sie die internationale Verständigung und fügt zum politischen Gewicht der einzelnen Parteien in ihren eigenen Ländern das moralische Gewicht einer sozialistischen Weltmeinung.

- o - a -

Julius Braunthal

sp. Julius Braunthal, Sekretär der Internationale Socialist Conference in London, von Geburt Wiener, ist heute 59 Jahre alt. Er ist jetzt englischer Staatsbürger. Von Beruf Journalist und Schriftsteller, ist Braunthal seit nahezu 40 Jahren in der Arbeiterbewegung tätig. Diese Tätigkeit begann im Vorstand der sozialdemokratischen Partei Österreichs und wurde nach dem ersten Weltkrieg im Sekretariat der Internationale in Deutschland fortgesetzt. 1934 wurde Braunthal durch verschiedene Gefängnisse und Konzentrationslager geschleppt, bis ihm die Flucht nach Belgien gelang, von wo sich Braunthal später nach England wandte. Als Mitbegründer war er an der "Tribüne" tätig und schrieb einige Bücher in deutsch und englisch: "Auf der Suche nach dem Millenium", "Need Germany Survive", "The Tragedy of Europe", "Soziale Gesetzgebung Österreichs" u.v.a.m.

Während des letzten Krieges gründete er die Zeitschrift: "Internationale Socialist Forum". Nach dem Kriege hielt Braunthal eine Reihe von Vorträgen in der "Deutschen Arbeitersendung" der BBC-London, ferner ist er Mitarbeiter der Zeitschrift: "Foreign Affairs".

- o - 3 -